

Community building in der Erosionsgesellschaft – Wie kann das gehen?



Heiner Keupp

Vorbemerkung: Überlegungen zu Community building, die auf die Inklusion von Menschen zielten, die auf der Flucht zu uns kommen und Hoffnung auf eine positive Resonanz haben, müssen von der mentalen Verfassung in den Aufnahmeländern ausgehen und wir müssen prüfen, ob da unsere gemeindepsychologische Perspektive schon ausreichende Tiefenbohrungen vorgenommen hat. Da Hubertus Schröer uns sein Thesenpapier dankenswerter Weise schon sehr früh zur Kenntnis gebracht hat, bleibe ich auf dieser allgemeinen Ebene und werde erst zum Schluss auf das bürgerschaftliche Engagement eingehen.

1. Die Grundwerte, die in der Entstehungsphase der Gemeindepsychologie propagiert wurden, waren imprägniert von der Bürgerrechtsbewegung, von einer Demokratisierungsbewegung und der Student_innenbewegung. Es ging um die Überwindung von Rassenschranken, ausgrenzenden Institutionen, autoritären Abhängigkeiten und ungerechter Verteilung von Ressourcen sowie um die Zerschlagung der patriarchalen Geschlechterordnung. Gefordert wurden Werte wie kulturelle Relativität und Vielfalt, gerechte Verteilung der Ressourcen und Befreiung aus repressiven Institutionen. Rappaport beschrieb in seinem wegweisenden Lehrbuch gemeindepsychologische Perspektive so: „... sie muss erstens auf einem sozialen und ethischen Wertesystem begründet sein, das das Recht, verschieden sein zu können anerkennt; zweitens auf einer ökologischen Perspektive, die alle Menschen und alle Kulturen als in ihrem eigenen Recht als wertvoll betrachtet.; und drittens auf der Überzeugung von gleichem Zugang zu materiellen und psychologischen Ressourcen“ (1977, S. 53). Das Handlungsprinzip Empowerment zielte auf die Verwirklichung dieser Wertvorstellungen.
2. Diese Grundwerte waren und sind die Antriebskräfte und Zielvorstellungen der sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte und sie haben im Sozial-, Gesundheits- und Umweltbereich durchaus eine „Erfolgsgeschichte“ geschrieben. Sie haben das professionelle Selbstverständnis der Gruppen bestimmt, die eine breite Palette von Initiativen vorangetrieben haben. Sie hatten und haben sogar maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung wohlfahrtsstaatlicher Systeme. Diese „Erfolgsgeschichte“ ist aber offensichtlich nicht überall geschrieben worden oder kam bei vielen Menschen auch nicht an und vor allem hat sich die globale Weltgesellschaft verändert. Diese „Metamorphose der Welt“ (Ulrich Beck) zeitigt höchst ambivalente Veränderungen im gesellschaftlichen Makro- wie im Mikrobereich. Man spricht von einer Gesellschaft 4.0, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse dramatisch verändern wird. Diese Veränderungen entziehen sich für viele Menschen der Verstehbarkeit und erzeugen Verunsicherungen und Ängste. An die Stelle nachvollziehbarer rationaler Erklärungen treten immer häufiger Befindlichkeiten, Stimmungen, postfaktische Interpretationen und Verschwörungstheorien.

3. Diese mentalen Veränderungen sind in allen Ländern spürbar und tragen teilweise schon gravierende politische Veränderungen. In der von Wilhelm Heitmeyer geleiteten Studie „Deutsche Zustände“, in der seit 2002 in jährlichem Abstand unter dem Titel die mentalen Reaktionen auf die aktuelle soziokulturelle-politische Situation untersucht wurde, wird das auch für Deutschland sichtbar. Auffällig sind ein verschärftes Krisenbewusstsein und eine Bedrohung durch die gesellschaftliche Vielfalt in allen sozialen Segmenten und deutlich höhere Werte der menschenfeindlichen Gesamteinstellung bei Menschen, die sich durch Krisen bedroht fühlen. Gleichzeitig wächst das Gefühl, keinen Einfluss nehmen zu können. Hatte Heitmeyer 2003 noch die Gefahr herausgestellt, dass „scheinbar harmlose distanzierende Einstellungen sich in unsicheren Zeiten in feindselige Normalität verwandeln“ können, ja zu einem „Normalitätspanzer“ werden könnten, so fällt seine Einschätzung 2011 deutlich besorgter aus. Er spricht von einer „rohen Bürgerlichkeit“ und einem „entsicherten Bürgertum“, das Solidaritäten aufkündigt und „sich bei der Beurteilung sozialer Gruppen an den Maßstäben der kapitalistischen Nützlichkeit, der Verwertbarkeit und Effizienz orientiert und somit die Gleichwertigkeit von Menschen sowie ihre psychische und physische Integrität *antastbar* macht“ (Heitmeyer 2012, S. 34 f.). Von einer *„deutlichen Vereisung des sozialen Klimas“* ist die Rede.
4. Für viele Zuwanderer scheint die Bundesrepublik das „gelobte Land“ zu sein. Trotzdem wird in aktuellen Analysen dieses Land als „erschöpfte Gesellschaft“ (Grünewald 2013) oder als „Gesellschaft der Angst“ (Bude 2014) charakterisiert. Auch von einer „Politik der Angst“ (Nussbaum 2014) ist die Rede. Da werden mentale Strömungen angesprochen, die einer genaueren Analyse bedürfen, denn Sie sind entscheidend für das Exklusionsempfinden vieler Gruppen. Die mentale Verfassung in Deutschland zeigt, dass die aufsteigende Kurve der ökonomischen Prosperität einen hohen psychosozialen Preis fordert und vor allem nicht alle Bürger_innen mitnimmt. Die Abstiegsgänge haben längst die Mittelschichten erreicht, die ahnen, spüren oder erleben, dass man sich auf die Absicherung der eigenen beruflichen und persönlichen Perspektive nicht mehr verlassen kann und die Anforderungen der Zugehörigkeit zu einem scheinbar gesicherten Mittelfeld permanent steigen. Oskar Negt spricht von dem „Angstrohstoff“, der sich endemisch ausbreitet. Immer mehr Menschen fühlen sich als Opfer und übersehen dabei immer mehr die Menschen, die wirklich ausgegrenzt und auf der Strecke geblieben sind. Bei manchen mentalen Mustern, die sich in populistischen Diskursen aktuell zeigen, fällt einem Bebel's Formulierung vom „Sozialismus der dummen Leute“. Es wird ein Unbehagen artikuliert, das aber den intellektuellen Pfad zu einer Gesellschaft struktureller Ungerechtigkeit nicht findet. Es wuchern „politische Schwarzmarktphantasien“ (Oskar Negt 2012). Von Pegida, der AFD, der „identitären Bewegung“ bis hin zu „Leitkultur“-Verrenkungen von CSU und inzwischen auch CDU sehen einen bevölkerten Schwarzmarkt.

5. Welche Chance hat eine Politik der Inklusion? Inklusion ist eine Perspektive, die als allgemeines Menschenrecht verstanden werden muss, allerdings ist das Faktum zu konstatieren, dass eine wachsende Anzahl von Menschen und Menschengruppen von diesen Verwirklichungschancen abgeschnitten ist, marginalisiert und aus dem Alltag von Arbeit, Politik, Konsum und Zivilgesellschaft ausgeschlossen ist oder sich so erlebt. Armut ist wieder zu einem zentralen Thema geworden, Begriffe wie „Prekariat“ oder „Exklusion“ begegnen uns und lassen sich als Indikatoren für eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation lesen. Die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber der wachsenden Zahl ausgegrenzter Menschen, die lange Zeit auch das Bild der Sozialwissenschaften geprägt hatte, scheint angesichts der Dimensionen der sich vollziehenden Exklusion allmählich aufzubrechen. Aktuell erscheinen Bücher, in deren Titel die „Exklusion“ (Kronauer 2003), die „Ausgegrenzten“, „Entbehrlichen“ und „Überflüssigen“ (so Bude und Willisch 2006) oder die „Ausgeschlossenen“ (Bude 2008) ins Zentrum gerückt werden. Wie wir der soziologischen Auslegung des Exklusionsthemas entnehmen können, entsteht hier eine gesellschaftliche Konstellation auf neuem Niveau, die dadurch ausgezeichnet ist, dass neben der objektiven Prekaritätsdiagnose eine subjektive Seite beleuchtet wird, die von Bude und Lantermann (2006) als „Exklusionsempfinden“ bezeichnet wird. Im gesellschaftlichen Verhältnis von Exklusion und Inklusion machen sich Veränderungen und Umbrüche bemerkbar. Diese zeigen sich aktuell im Feld der Erwerbsarbeit, im Bereich wohlfahrtsstaatlicher Regulierung und letzten Endes im Gebiet der sozialen Beziehungen selbst. Das Zusammenspiel der drei Entwicklungen führt zu einer zugespitzten Form der Exklusion. Nach Castel (2003, S. 13) spaltet sich die Gesellschaft dabei unter der Wirkung dieser Schockwellen zunehmend in drei Zonen: Den Zonen der Inklusion, der Gefährdung oder Verwundbarkeit und der Zone der Ausschließung oder Exklusion. Eine genaue Analyse der Zonen Verwundbarkeit und der Ausschließung ist erforderlich, um noch genauer herauszufinden, woran das Zugehörigkeitsbegehren in seiner Verwirklichung scheitern kann und die Idee der „Selbstsorge“ sich illusionär verflüchtigt.
6. Wenn nach dieser eher skeptischen Analyse soll die Frage wieder aufgenommen werden, ob die anfangs skizzierten Grundwerte der Gemeindepsychologie noch tragfähig sind. Ich sehe keine Veranlassung, sich von ihnen zu verabschieden – im Gegenteil! Wir müssen für sie uneingeschränkt eintreten, aber auch fragen, ob wir genügend die lange Zeit untergründig wirksamen mentalen Muster, die sich jetzt Sitze und Stimme in der politischen Arena erobern, im Blick hatten. Spontan neige ich dazu, sie aus einer antifaschistischen Wut heraus, als Feinde zu konstruieren. Das sind ihre ideologischen Strippenzieher auch ausnahmslos. Aber sie erreichen Menschen, die nicht meine Feinde sind, es sind teilweise Nachbarn, Verwandte, alte Schulfreunde, Verlierer der Globalisierung (wie z.B. die früher so stolzen Porzelliner in meiner Heimatregion). Es fehlt uns ein differenzierter Blick auf die Gruppen, die Arlie Hochschild „Strangers in their own land“ bezeichnet hat. Sie hat unter diesem Titel eine einfühlsame Studie über die Menschen in den USA vorgelegt – kurz bevor sie Trump gewählt haben. Wir leben hier in München im Speckgürtel der Republik und ich frage mich

oft, wie das meine Wahrnehmung auf die Welt bestimmt, aber auch einengt. Gemeindepsychologische Grundwerte wie das Recht auf Diversität und Wertschätzung aller Kulturen oder auf die gerechte Verteilung von Ressourcen müssen speziell auch für Menschengruppen gelten, die sich bedroht fühlen. Wenn der aktuell aufgeflammete Gerechtigkeitsdiskurs dazu beiträgt, als universeller Anspruch formuliert wird und nicht nur Wahlkampfgetöse bleibt, dann wäre er wichtig. Er könnte die Inklusionschancen für geflüchtete Menschen verbessern.

7. Wir haben die Gemeindepsychologie als integralen Bestandteil sozialer Bewegungen verstanden und uns in den letzten Jahren immer häufiger gefragt, ob es Reformbewegungen in einer individualisierten Gesellschaft überhaupt noch gibt. Wir haben das bürgerschaftliche Engagement auch als eine Art sozialer Mikrobewegung verstanden, die sich vor allem in den Gemeinden und sozialen Netzwerken vor allem im Alltag der Menschen entfaltet. Wir haben uns für eine Infrastruktur der Unterstützung und Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten eingesetzt. Das gilt auch für interkulturelle Projekte und vor allem solche, die von und mit Menschen aufgebaut wurden, deren Flucht sie nach Deutschland geführt hat. Damit haben wir uns in das Räderwerk kommunaler Politik begeben und sind Teil eines institutionellen Handlungssystems geworden. Das ist gut so und zugleich sind im Sommer/Herbst 2015 noch einmal ganz neue Bewegungspotentiale entstanden. Diese spontane „Willkommenskultur“ hat München verändert. Es haben sich nicht nur die „üblichen Verdächtigen“ beteiligt, sondern viele Bürger_innen und sie haben sich in einem beeindruckenden Prozess der Selbstorganisation handlungsfähig und effektiv erwiesen. Mittlerweile haben sich die wohlfahrtsstaatlichen Systeme der Flüchtlingsthematik angenommen, auch Teile der spontanen Bewegung integriert und zugleich hat die rechtspopulistisch agierende Migrationspolitik der Staatsregierung die Netzwerke der bürgerschaftlichen Flüchtlingshilfe nicht unterstützt, sondern einen entmutigenden Gegenwind erzeugt. Hier gilt es zu verhindern, dass dieses positive Bewegungspotential nicht in der Ohnmachtsfalle landet.